

erlanger linke – Rede zum Haushalt 2015

autorisierte Fassung, wie vorgetragen

Nach der Wahl vor rund einem Jahr haben wir nicht zuletzt aufgrund der Aussagen in manchen Wahlprogrammen den Wechsel begrüßt.

Wir sehen erfreuliche Ansätze, aber zu viel "weiter so". Der versprochene Politikwechsel bleibt weit unter seinen Möglichkeiten. Da müssen die ErlangerInnen wohl weiterhin am Ball bleiben und notfalls auch Druck machen.

Wir haben uns auch auf den angekündigten "neuen Stil" mit mehr Bürgerbeteiligung gefreut. Aber auch das ist noch ausbaufähig, z. B. bei der Mitbestimmung der MieterInnen über geplante Verdichtungen wie z. B. in der Housing area oder bei den Miethäusern der GBW.

Weiter so heißt es dagegen bei der Handballhalle für den Profiveranstalter "Pro Handball GmbH Co Kg".

Weiter so bei Gewerbegebieten,

weiter so im durch die unsozialen Hartz-Gesetze geprägten Alltag des Sozialamts.

Weiter so heißt es auch bei der ständigen Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr.

Der **Erlangen-Pass** erfüllt bis jetzt nicht die Erwartungen, die aus den sozialen Initiativen kommen, die ihn seit fast 10 Jahren gefordert haben und er kann sich noch nicht mit den Nachbarstädten Erlangen oder Fürth messen.

Zu wenig und zu spät.

Wir vermissen die Bereitschaft zur Konfrontation mit der GBW im Interesse der Mieter. Die GBW hat die ehemaligen Siemens Wohnungen gekauft, um auf Kosten der Mieter damit viel Geld zu verdienen. Vor der Wahl war der Druck der BürgerInnen groß genug, damit der Stadtrat unserem Antrag für eine "Milieuschutzsatzung" folgte. Mit dieser Satzung hätte die Stadt der GBW einen Strich durch die Rechnung machen können.

Aber das passt nicht mehr in die Zeit, das ist ja schon „Klassenkampf“.

Jetzt will man **stattdessen mit der GBW** aufstocken und nachverdichten.

Was werden die Wohnungen danach kosten, was sollen die Mieter machen, deren Lohn oder Rente dann nicht mehr für die Mieter reicht?

Die Stadt und die BürgerInnen Erlangens wollten nicht zusehen, als die Regierung Hunderte von **Flüchtlingen** praktisch auf die Straße gesetzt hat, ohne medizinische

Versorgung, ohne Unterkunft. Wollte die Staatsregierung, dass die Flüchtlinge sich "an zu hause" erinnern, also an ein Notstandsgebiet? Sollte Stimmung gemacht werden frei nach dem Motto, "Das Boot ist voll"? Das machen schon andere und das geht selbst der Kanzlerin zu weit.

Diese gemeinsame Anstrengung hat das Schlimmste für die Flüchtlinge verhindert. Das war auch gut so!

Hier wurde das Erlanger Motto „**Offen aus Tradition**“ tatkräftig mit Leben gefüllt. Das war die richtige Antwort auf Ausländerfeindlichkeit, Hass auf anders denkende, auf Menschen mit anderer Hautfarbe, anderen Glauben und anderer Herkunft.

Das ist gelebte Demokratie und Solidarität!

Diese spontane Nothilfe der BürgerInnen kann aber nicht zur Daueraufgabe werden. Mehr hauptamtliche Unterstützung ist notwendig. Der Staat darf sich nicht länger aus seiner Verantwortung stehlen. Hier ist auch der Freistaat gefordert. Schnelles Handeln ist das Gebot der Stunde.

Als soziale Opposition halten wir der alten und der neuen Regierung im Stadtrat den Spiegel vor. Wir stellen die Situation ungeschminkt und ohne kreative Worthülsen dar. Sie wissen schon: „Bewegungs- und Begegnungszentrum“.

Wir stimmen Anträgen zu, die wir richtig finden. Auch wenn sie von der CSU kommen. Die CSU macht das anders: Was von der Linken kommt, wird abgelehnt, selbst wenn man es 5 Minuten vorher selbst gefordert hat. Links blinken – rechts fahren.

Trotzdem können wir uns als kleine Opposition über einige Erfolge freuen:

- So hat sich der Stadtrat erst auf unseren Antrag hin kritisch zu TTIP geäußert. Ähnliches muss nun auch für TISA und CETA gelten.
- Mit unserem Antrag haben wir dafür gesorgt, dass es zu keiner Verschiebung bei der Sanierung des MTG kommt
- Mit unsere Rechtsaufsichtsbeschwerde beim Oberbürgermeister haben wir uns gegen eine breite Mehrheit durchgesetzt. Auch für die Profihandballer gelten in Zukunft die Sportförderrichtlinien und die Handball GmbH muss nun die volle Hallenmiete zahlen. Obwohl das "schon immer anders gemacht wurde" und sich mancher Kollege darüber empört hat, dass nun die Regeln eingehalten werden müssen.

Die meisten unserer Haushaltsanträge wurden in den Ausschüssen abgelehnt:

Dennoch haben wir heute davon nochmals eine kleine Auswahl als Änderungsanträge gestellt, die wir für dringlich und politisch für richtig halten und die auch Ausdruck unseres Staatsverständnisses sind, nämlich das eines Sozialstaates.

1. 260.000 € mehr für die Betreuung von AsylbewerberInnen bzw. Flüchtlingen

Das wäre eigentlich Aufgabe des Freistaates.

2. Zuschuss für unabhängige Erwerbslosenberatungstellen

Das Gesetz verlangt von der Stadt die Betroffenen zu beraten. Damit kommt die Behörde in einen Interessenskonflikt. Deshalb müssen unabhängige Beratungsstellen gefördert werden. Z. Zt. liegt ein Förderantrag über 10.000 € von einer unabhängigen Beratungsstelle vor.

3. 100.000 € zur Anschaffung einer Mess-Station für Stickoxide in der Innenstadt

Die Staatsregierung hat die Mess-Station in der Pfarrstr. 2011 abbauen lassen mit der Begründung, dass die Werte in der Nürnberger Von-der-Tann-Str. vergleichbar wären und deswegen auf die Erlanger Station verzichtet werden könne.

Inzwischen sind die Werte in Nürnberg oft über den Grenzwerten.

4. Keine Handballhalle für die PRO Handball GmbH & Co KG

Egal welche kreative Wortschöpfung dafür auch gefunden wird, es bleibt erst einmal eine Handballhalle. Das ist auch die entscheidende Motivation, ein solch finanziell aufwändiges und fragwürdiges Projekt überhaupt anzugehen.

Die Stadt wird das 8-10 Millionen kosten. Wo bleibt der Aufschrei der CSU, wie kann die sonst so sparsame FDP das mittragen ?

Wir sind nicht gegen Sporthallenneubauten. Im Gegenteil, es gibt durchaus echten und dringenden Bedarf: z. B. bei den Schulen, siehe MTG, oder im Stadtwesten für Vereins- und Breitensport.

5. Gewerbesteuer auf Münchner Satz erhöhen

Warum die Stadt mehr Einnahmen braucht, haben z.B. die KollegInnen Dr. Janik, Pfister und Asmus bereits dargelegt. Wir wollen dass die Gruppe mehr bezahlt, die in den letzten Jahren geschont wurde – die Unternehmen. Das Gewerbe profitiert von der Stadt-Umland-Bahn, darum soll es auch dafür bezahlen. Wir wurden in einem Leserbrief als Kronzeuge gegen die Finanzierbarkeit der STUB bemüht. Das ist Unsinn: Die Bahn ist auf jeden Fall finanzierbar, aber wir wollen sie sozial gerecht finanzieren.

6. Streichung der Mittel für das Gewerbegebiet Gaisberg in Frauenaarach

Dieses Gewerbegebiet ist nicht notwendig. Damit wird nur weitere Natur und ökologisch wertvolles Land verbaut.

Erlangen hat die Grenzen des Wachstums erreicht. Die Ansiedlungskonkurrenz mit Nürnberg muss beendet werden: Auch heute wurde wieder gejammert, dass einige Unternehmen nach Nürnberg abgewandert sind. Was soll dieses Kirchturmdenken ?

7. Busfahren ist zu teuer. Wir wollen zurück zum K-Tarif

Zu einer sozialen und ökologischen Stadt gehören auch günstige Preise für den Nahverkehr. Auch wenn die Förderung durch den Freistaat unzureichend ist, muss die Preisgestaltung sozial sein wie z. B. beim Wiener Modell. Bei den Erlanger Buspreisen erreichen wir inzwischen das Niveau von Großstädten wie New York mit 2,50 \$ pro Einzelfahrschein.

8. Streichung Ortsumgehung Eltersdorf

Weiterer Straßenbau zieht nur weiteren Verkehr nach sich. Eine Beruhigung des Ortskerns ist damit kaum zu erwarten. Hier sollten wir dem Votum des Ortsbeirats folgen.

Die Eltersdorfer und auch die alle Erlanger haben mehr vom weiteren Ausbau des Radwegenetzes sowie einem preisgünstigem Nahverkehr.

Ich komme zur Gesamtbewertung:

Wir teilen die Kritik der CSU am den neuen Stellen im Stellenplan ausdrücklich nicht, deshalb werden wir als einzigem Teil dem Stellenplan zustimmen.

Sonst werden wir den Haushalt ablehnen, schon allein wegen des FDP-CSU-Prestigeprojektes Handballhalle aber auch, weil er zuviel „Weiter so“ und zuwenig Politikwechsel ist.